

Fremde Feuer

von Henryk M. Broder — Wo ist der Aussenminister, wenn es brennt?



So etwas hatte Köln noch nie erlebt, nicht mal während der Karnevalssaison. Etwa 5000 «gewaltbereite Hooligans» lieferten sich letzten Sonntag auf dem Breslauer Platz hin-

er dem Hauptbahnhof eine Schlacht mit der Polizei, die mit 1300 Beamten zahlenmässig weit unterlegen war. Man habe weder mit so vielen noch mit dermassen gewalttätigen Demonstranten gerechnet, zudem hätten in Nordrhein-Westfalen zwei Bundesligaspiele stattgefunden, bei denen ebenfalls einige hundert Polizisten eingesetzt werden mussten, um die Fans auseinanderzuhalten, gab ein Polizeisprecher bekannt, als am Abend die Bilanz des Tages feststand: 49 zum Teil schwer verletzte Polizisten auf der einen, 17 Festnahmen und 57 Ermittlungsverfahren auf der anderen Seite, den Sachschaden nicht mitgerechnet, darunter ein umgeworfener Polizeibus.

Das Absurde war aber etwas anderes: Die «Hooligans» hatten, unterstützt von Neonazis und anderen Rechtsradikalen, zu einer Demonstration gegen «die Salafisten» aufgerufen. Was man sich etwa so vorstellen muss, als hätte die SS zu einer Demo gegen die SA aufgerufen, um Unheil vom deutschen Volk abzuwenden. Die Salafisten freilich nahmen die Herausforderung nicht an, sie blieben daheim, worauf sich die Hooligans an der Polizei abregierten.

Aber es kommt noch besser: Während in Köln der Strassenkampf tobte, machte sich der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier wieder auf den Weg. Kaum von einer Dienstreise in Armenien und Aserbaidschan zurück, wo er beide Seiten aufforderte, ihre Streitigkeiten beizulegen, startete er in Richtung Nigeria, um der Regierung von Präsident Goodluck Jonathan Hilfe im Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram zuzusagen. Dabei hatte der nigerianische Aussenminister nur eine Woche zuvor seinen deutschen Kollegen in Berlin besucht und ihm versichert, die Regierung in Abuja habe einen Waffenstillstand mit Boko Haram geschlossen, was die Gruppe ihrerseits allerdings nicht bestätigte.

Am 9. November, dem deutschen Schicksalstag, wollen die Hooligans in Berlin demonstrieren. Vor Steinmeiers Tür. Aber da wird der Aussenminister wohl wieder unterwegs sein, um fremde Feuer zu löschen.

Chancen statt Quoten

Von Kurt Schiltknecht — Die geplante Einführung einer staatlichen «Lohnpolizei» ist kontraproduktiv. Gesetzlicher Zwang führt zur Diskriminierung der Frauen bei den Anstellungen.

Die Systematik und die Geschwindigkeit, mit der die schweizerische Bundesräte und viele Parlamentarier die Marktwirtschaft aushebeln wollen, überrascht nicht. Immer weniger Bundesräte und Politiker haben eine Ahnung davon, wie ein Unternehmen funktioniert und welche Bedeutung freie Preise und Löhne für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung haben. Der neueste Anschlag auf die freie Marktwirtschaft ist die geplante Einführung einer «Lohnpolizei». Diese soll überprüfen, ob zwischen Mann und Frau Lohngleichheit besteht. Die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und gleichem Lohn für Mann und Frau sind populär. Deshalb hüten sich die Parteien davor, solche Forderungen nach staatlichen Eingriffen in den Lohnbildungsprozess zu bekämpfen. Gleichheitsforderungen sind das eine, sie in der Praxis umzusetzen, das andere.

Es ist nicht einfach, zu definieren, was gleiche Arbeit ist. Am leichtesten fällt dies bei standardisierten Arbeitsprozessen. Wenn es um die Definition von gleichwertigen Arbeitskräften geht, stösst man schnell an Grenzen. Wenn die Unternehmen Arbeitskräfte suchen, geht es nicht nur darum, ob ein Stellensuchender die spezifische Arbeit ausführen kann. So möchten Arbeitgeber die Stellen mit Leuten besetzen, die möglichst lange beim Unternehmen bleiben, die die Fähigkeiten für einen beruflichen Aufstieg haben, die sich in einem Team einordnen können und Eigenschaften haben, die sich auf die Zusammenarbeit positiv auswirken. Die Liste von solchen Faktoren ist lang. Arbeitskräfte, die die gewünschten Eigenschaften erfüllen, haben für ein Unternehmen einen höheren Wert als solche, die nur die geforderte Arbeit erledigen. Deshalb sollte den Unternehmen nicht mit gesetzlich vorgeschriebenen Löhnen die Möglichkeit geraubt werden, denjenigen Arbeitskräften einen höheren Lohn zu zahlen, die längerfristig einen positiveren Beitrag zu leisten versprechen.

Frauenarbeit wird bereits höher bewertet. Die Vorstellung, welche Qualifikationen ein Arbeitnehmer hat oder haben sollte, basiert zu einem Teil auch auf subjektiven und nicht genau messbaren Komponenten. Diese können von historischen Erfahrungen geprägt sein. In den letzten Jahren hat man sich in der For-

schung vermehrt mit diesen Faktoren beschäftigt und herauszufinden versucht, welchen Einfluss sie bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Festsetzung von deren Löhnen haben. Vor allem bei der Erklärung der niedrigeren Frauenlöhne spielen solche Faktoren eine Rolle. In der Vergangenheit haben Unternehmen die Erfahrung gemacht, dass ein Teil der verheirateten Frauen nach der Geburt eines Kindes aus dem Berufsleben vorübergehend oder ganz ausscheidet. Die Wahrscheinlichkeit ist also gross, dass verheiratete Frauen im gebärfähigen Alter weniger lang bei einem Unternehmen bleiben als verheiratete Männer im gleichen Alter.

Für Angestellte, die nur kurze Zeit an einem Arbeitsplatz verweilen, lohnen sich Investitionen für die Weiterbildung weniger. Auch die mit einem Stellenwechsel verbundenen Kosten machen die Anstellung von Leuten mit einer kurzen Beschäftigungsdauer weniger attraktiv. Deren Ertragswert ist niedriger. Eine Durchsetzung von gleichem Lohn für Mann und Frau würde bedeuten, dass Männer bei der Stellenbesetzung bevorzugt werden. Solange die Kinderbetreuung ungenügend war oder Kinderkrippen fehlten, blieben Frauen mit Kindern der Arbeit häufiger fern. Auch das war ein Grund für die Bevorzugung von Männern bei gleichem Lohn.



In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der Frauen mit Kindern verbessert. Als Folge davon nahm der subjektive Wert der Frauenarbeit zu, und die bisher beobachteten Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau verkleinerten sich. Solange jedoch in den Unternehmen unterschiedliche Vorstellungen über die mit Frauen oder Männern erzielbaren Erträge bestehen, und diese kann man durch ein Gesetz nicht ändern, führt ein gesetzlicher Zwang zu gleichem Lohn nur zu einer Diskriminierung der Frauen bei den Anstellungen. Eine höhere Arbeitslosigkeit wäre das Resultat. In der Folge werden die Frauen gezwungen sein, ihre Arbeitskraft zu noch niedrigeren Löhnen anzubieten.

Eine nachhaltige Verbesserung der Lage der Frauen im Arbeitsmarkt lässt sich nur erreichen, wenn die historische Wahrnehmung durch neue Arbeitsmarktfaktoren korrigiert wird. Staatliche Eingriffe in die Lohnbildung oder Frauenquoten werden diese Wahrnehmung allerdings nicht positiv beeinflussen.